



DER GANZ NORMALE WAHNSINN

von MICHAEL PRACK

Regierung schafft Arbeitsplätze

Während beim Arbeitsmarktservice (AMS), der ersten Anlaufstelle für Arbeitslose, noch über den schwarz-blauen Sparkurs gejammert wird, schritt die Regierung längst selbst zur Tat. Sebastian Kurz und HC Strache, auch bekannt als Heimat-Duo „Ein Herz und eine Seele“, schufen Arbeitsplätze, die sich – nicht zuletzt finanziell – gewaschen haben. In jedem Ministerium wird es künftig zwischen dem Ressortchef und der höchsten Beamtenebene, also den Sektionschefs, ein weiteres hochbezahltes Amt geben – einen Generalsekretär. Sozusagen als Aufpasser für den Minister.

Ein Minister verdient jährlich 14 Mal rund 18.000 Euro, ein Sektionschef rund 10.000 Euro. Da die neuen Generalsekretäre den Sektionschefs übergeordnet sind, dürfen wir somit davon ausgehen, dass sie zwischen 12.000 und 14.000 Euro verdienen werden. Spätestens an diesem Punkt dürfte sich ein Durchschnittsverdiener in unserem Land die Frage stellen, ob die sozialen Sparefrohs Kurz und Strache wo angrennen sind. Seit Beginn der Zweiten Republik erledigten die Minister ihre Arbeit mehr oder weniger problemlos im Alleingang. Vermutlich, weil zumeist – mit Ausnahme der ersten Auflage von Schwarz-Blau – Profis am Werk waren. Falls dies jetzt nicht der Fall ist, liegt das an den Regierungs-Architekten Kurz und Strache. Aber büßen müssen dafür die Steuerzahler, deren Geld verschleudert wird.

Die Schaffung eines weiteren hochdotierten Arbeitsplatzes glückte dem unermüdlich schuftenden Kanzler und seinem Vize ja schon kurz nach der Angelobung. Der blaublütige Peter Launsky-Tieffenthal wurde als Regierungssprecher installiert. Wozu bitte? Damit der noble Mann die epochalen Leistungen der Regierung in gewählten Worten ans Volk bringt? Oder damit der eher unerfahrene „Ein Satz noch“-Kurz sowie der bierzeltgeeichte Strache sich vor der Presse nicht anschütten?

So sehr die Regierungsspitze also bei Sozialfällen spart, so wenig spart sie im eigenen Bereich. Und es wird noch ärger. 2017 kassierten die Parteien insgesamt 209 Millionen Euro an staatlicher Förderung. Dieser eh schon gigantische Betrag wird 2019 stark angehoben. Ersten Berechnungen zufolge um dreißig Prozent.

Israel tötet Unbewaffnete und möchte in den Sicherheitsrat

Es hätte ein friedlicher Protestmarsch sein sollen. Anlässlich des 70jährigen Bestehens des Staates Israel protestierten im Gazastreifen an der Grenze zu Israel Zehntausende Palästinenser. Dabei wurden 17 Palästinenser von israelischen Soldaten am Freitag erschossen, 1.400 weitere Demonstranten wurden verletzt.

Die Palästinenser forderten ein Recht auf Rückkehr in jene Gebiete, aus denen ihre Familien bei der Gründung Israels im Jahr 1948 vertrieben worden waren. Israel hingegen will, dass diese Flüchtlinge und deren Nachkommen in Zukunft auf dem Gebiet eines Palästinenserstaates eine neue Heimat finden.

„Israel soll uns heimkehren lassen“, forderte der palästinensische UN-Botschafter Riyad Mansour. Er verurteilt das gewaltsame Einschreiten der israelischen Armee auf das Schärfste. „Es war ein Massaker an unbewaffneten Menschen“, sagte Mansour. Der

israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman sieht das anders. „Die israelischen Soldaten haben getan, was nötig war. Sie verdienen eine Auszeichnung.“

Die UNO verlangte daraufhin eine Untersuchung der Todesschüsse. Der israelische Verteidigungsminister ließ die Vereinten Nationen mit ihrer Forderung aber abblitzen, er verweigert jede Zusammenarbeit.

Diese Entscheidung zeigt, dass Israel mit zweierlei Maß misst. Einerseits tritt Israel die UNO mit Füßen, andererseits bewirbt sich Israel für den Beitritt in den Sicherheitsrat, das höchste UNO-Gremium.

Der Rat besteht aus fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern der Vereinten Nationen. Jedes Jahr wird die Hälfte der nichtständigen Mitglieder durch die UNO-Generalsversammlung auf zwei Jahre neu gewählt. Neben Israel hat sich auch Deutschland für dieses ehrenvolle Amt beworben.



Avigdor Lieberman lobte seine Soldaten, weil sie mordeten.



Sprüche vom lieben AUGUSTIN

„Nach den ersten 100 Tagen der Regierung dürften sich die Wähler quer durch alle Parteien dieselbe Frage gestellt haben:
Wo woar ihr' Leistung?“



„In Eisenstadt gibt's ab sofort Null-Euro-Banknoten. Genial – das ist genau der Betrag, den der schwarz-blaue Kinderbonus den meisten Österreichern bringt.“



„Der Kurz hat a Vordenkerin engagiert, aber i glaub', a Nachdenkerin wär' notwendiger.“



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Ausnahmen von der strafbaren Untreue?

Zu § 153 des Strafgesetzbuches „Untreue“ wird ausgeführt: „Es handelt sich hierbei allerdings nur um solche internen Regeln, die dem Vermögensschutz der wirtschaftlich berechtigten Person (Verbrechensopfer) dienen. Wer nur Regelungen verletzt, die entweder reinen Ordnungsanliegen oder aber den Interessen Dritter (etwa von Gläubigern oder auch der Öffentlichkeit) dienen, begeht keine Untreue. Durch den wissentlichen Vollmachtsmissbrauch muss dem Vollmachtgeber ein Vermögensschaden entstehen. Der Täter ist somit die bevollmächtigte Person und das Verbrechensopfer der Vollmachtgeber. So missbraucht beispielsweise ein Geschäftsführer seine Vollmacht, wenn er vom Firmenkonto Geld für eigene Zwecke abhebt oder vom Firmenkonto Geld an andere Personen überweist, die darauf keinen Anspruch haben.“

Wenn dieser Anspruch aber durch falsche Gutachten auf Kosten der Vollmachtgeber, also der Wähler, „erzeugt“ wird? Ist das wissentliche Täuschung? Wenn Generationen durch die Folgen wissentlicher politischer Fehlentscheidungen Kürzungen von Sozialleistungen oder Pensionen erleiden, ist das kein Vermögensschaden? Nun wird unsere Republik seit der Ideologie des Neoliberalismus von den Politikern wie eine Firma regiert, angefangen mit Schüssels und Haider's Zeiten und in einem noch nie dagewesenen Ausmaß durch die Politiker der Regierung Kurz-Strache. Diese setzen sich über die Anliegen des Volkes, selbst wenn es um dessen Gesundheit und Leben geht, kaltschnäuzig hinweg wie nie zuvor.

Bürger sind bei allen Staatsausgaben keine „Dritten“, sondern unmittelbar Betroffene. In der Schweiz weiß man das. Die Politiker müssen die Bevölkerung fragen, ob, wofür und wie viel Geld sie ausgeben dürfen. Der Semmeringbasistunnel dürfte so nie gebaut werden. 71 Prozent sprachen sich bei einer repräsentativen Befragung gegen diese Verwendung ihrer Steuergelder aus. Trotzdem wird das Projekt, das durch nachweisbar falsche Gutachten gestützt wird, gebaut. Zum Schaden der Natur, der Zukunft der Menschen in unserem Land. Aber zum Wohl und für die Gewinne von Bau- und Bankenkonzernen und, wie man von Insidern immer wieder erfährt, für die Provisions-Nehmer.



Donald Trump

Der Streit

Der neue K

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Stimmung zwischen Amerika und Russland so frostig wie selten zuvor. Mit der vorei-

Günter Verheugen war elf Jahre lang EU-Kommissar. Aber wie Brüssel derzeit Hand in Hand mit Amerika gegen Russland vorgeht, ist selbst ihm zu viel. „Hier baut sich eine Krise auf, auf der Grundlage von Vermutungen“, sagte der 73jährige nach der Ausweisung von russischen Diplomaten aus 19 EU-Ländern sowie Amerika, Kanada aber auch der Ukraine.

Eine Annahme werde mit einer anderen Annahme begründet, statt auf gesichertem Wissen. Wenn wir britischen und amerikanischen Politikern zuhören, „dann haben wir inzwischen eine Tonart erreicht, wie wir sie zuletzt im Kalten Krieg hatten“, warnt der SPD-Politiker Verheugen. Er wehrt sich gegen ein Schwarz-Weiß-Denken. „Vorwürfe, die man an die russische Seite richten kann, gibt es in der Tat viele. Wir müssen uns allerdings der Tatsache bewusst sein, das man auch Vorwürfe gegenüber dem Westen erheben kann.“ So hätten etwa die britische und die amerikanische Regierung die Welt belogen, um den Überfall auf den Irak rechtfertigen zu können.

Russland warf als Antwort auf die westliche Strafaktion jetzt ebenfalls Diplomaten hinaus. Unser Land ist einer der wenigen EU-Staaten, der sich nicht an der Ausweisungs-Aktion von russischen Diplomaten beteiligt. „Als neutrales Land werden wir keine Diplomaten ausweisen. Wir wollen Brückenbauer zwischen Ost und West sein, und Gesprächskanäle nach Russland offenhalten“, begründet ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz die Zurückhaltung. „Gerade wenn es hart auf hart geht, muss man die Kanäle offen halten“, sagt die parteilose Außenministerin Karin Kneissl, die von der FPÖ ins Amt geschickt wurde.

Es sind der Gift-Anschlag auf den ehemaligen Doppel-

„Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, das man auch Vorwürfe gegenüber dem Westen erheben kann.“

Günter Verheugen,
Ex-EU-Kommissar





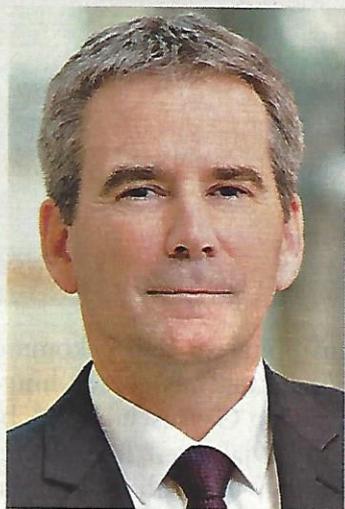
Heuer geht es sich noch nicht aus, aber im kommenden Jahr soll der Staat erstmals mehr einnehmen als er ausgibt. Das verspricht ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger. Zu Hilfe kommt ihm dabei die gute Wirtschaftslage. Sie hat schon im Vorjahr dafür gesorgt, dass das Defizit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der gesamten Wirtschaftsleistung unseres Landes, gesunken ist. Der rot-weiß-rote Schuldenberg ist 2017 zwar geschrumpft, er beträgt aber immer noch 290 Milliarden Euro.

Wird bei den richtigen Punkten gespart?

JA

**HARTWIG LÖGER,
ÖVP-Finanzminister**

„Diese Regierung ist angetreten, um das Land zu verändern. Mit dem Budget machen wir einen ersten Schritt und starten in eine neue Zukunft. 2019 wird der Bund nach 65 Jahren einen Überschuss von 541 Millionen Euro erzielen und somit erstmals seit dem Jahr 1954 weniger ausgeben als einnehmen. Damit leiten wir eine völlig neue budgetpolitische Zeitrechnung ein und setzen der Schuldenpolitik ein Ende. Wir sparen in den Bereichen Verwaltung,



Gebäudemieten, ausgegliederte Einheiten und verbessern die Treffsicherheit bei den Förderungen. Durch Einsparungen im System spart der Staat 2,5 Milliarden Euro bei sich selbst, um in Zukunftsbereiche wie Familien, Bildung, Wissenschaft und Sicherheit zu investieren. So finanzieren wir

auch Maßnahmen wie beispielsweise den Familienbonus Plus, der ab 2019 jährlich 950.000 Familien zugutekommen wird. Die Bundesregierung entlastet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ehrlich. Folgerichtig verzichteten wir auf neue oder erhöhte Steuern und gehen bei der Abgabenquote immer weiter in Richtung 40 Prozent. Wir investieren in die Österreicherinnen und Österreicher.“

Foto: BKA/BMF/Georg Wilke

NEIN

**CHRISTIAN KERN,
SPÖ-Klubobmann**

„Die schwarz-blaue Regierung spart bei den Menschen, aber nicht im System. Für ihr eigenes Personal geben ÖVP und FPÖ so viel Geld aus wie noch nie zuvor in der Zweiten Republik. Aber bei der übergroßen Mehrheit der Österreicher wird brutal der Sparstift angesetzt: So wird bei Bildung und Infrastruktur gespart, aber vor allem bei älteren Langzeitarbeitslosen (Ende der Aktion 20.000) und bei Pflegebedürftigen und ihren

Angehörigen (Stopp der Abschaffung des Pflegeregresses). Pflegeregressforderungen drohen nun etwa wieder ganze Familien in die Armutsfalle zu treiben. Der ‚Familienbonus‘ der Regierung ist in Wirklichkeit ein Ungerechtigkeitsbonus, der eine Umverteilung nach oben zu den Wohlhabenden und



Reichen bringt. Für diese unsoziale Politik von ÖVP und FPÖ gibt es keinen vernünftigen Grund, denn die schwarz-blaue Regierung legt sich bei den Staatsfinanzen ins gemachte Bett der SPÖ-geführten Vorgängerregierung. Die SPÖ hat Österreichs Wirtschaftsmotor durch kluge Reformen zum Brummen gebracht. Durch die falsche und ungerechte Politik der aktuellen Regierung kommt dieser Motor ohne Zweifel bald ins Stottern.“

Foto: Parlamentdirektion/Simonis